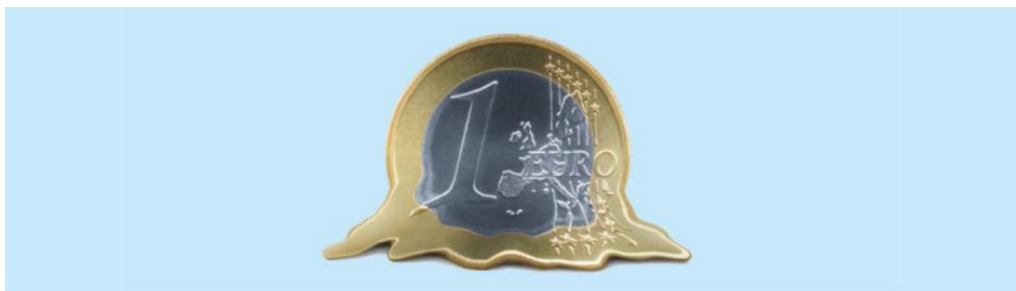


Pressemitteilung

Soziale Schuldner- und Insolvenzberatungsstelle des Diakonischen Werkes Altenkirchen sieht steigendes Überschuldungsrisiko durch Inflation Infoveranstaltung im Teehaus Hamm



Eine weiter steigende Nachfrage nach Schuldnerberatung sehen die Schuldnerberaterinnen des Diakonischen Werkes Altenkirchen als Folge der Inflation. „Das Überschuldungsrisiko steigt! Viele Menschen machen sich große Sorgen und sind verunsichert, wie sie die Zukunft bewältigen können. Das erleben wir tagtäglich in unserer Schuldnerberatung“, so die Beraterinnen.

Das Motto der diesjährigen Aktionswoche Schuldnerberatung „Was können wir uns noch leisten? – Überschuldungsrisiko Inflation“ gibt die Stimmung ganz gut wieder. Es ist für alle deutlich zu spüren, dass die meisten Waren, Energie, Mieten und andere Dinge teurer geworden sind. „Haushalte mit knappem Einkommen trifft es besonders hart“, informieren die Schuldnerberaterinnen. „Nicht wenige Haushalte müssten bereits ein Drittel ihres Einkommens allein für den Wohnraum ausgeben und eine Entspannung der Situation ist nicht in Sicht. Umso schwieriger ist es dann, die gestiegenen Energiekosten und die deutlich teureren Lebenshaltungskosten zu stemmen“.

Der gemeinnützigen Schuldnerberatung ist es ein Anliegen, in der Diskussion über Inflation und ihre Folgen die Menschen in den

Mittelpunkt zu stellen, die aufgrund ihrer Einkommenssituation besonders von der Inflation betroffen sind. Daher unterstützt die soziale Schuldner-/Insolvenzberatung der Diakonie die Forderungen der AG SBV zur Aktionswoche Schuldnerberatung. „Wir brauchen einen gesetzlichen Rechtsanspruch auf Schuldnerberatung“, fordert die Diakonie Altenkirchen. Das sei angesichts des deutlich wachsenden Beratungsbedarfs dringend notwendig. Denn die Zugänge zur Schuldnerberatung seien deutschlandweit sehr uneinheitlich. „Mancherorts können nur Ratsuchende, die Bürgergeld oder Sozialhilfe erhalten, ohne jegliche Einschränkung kostenfrei beraten werden“, beklagt die Schuldnerberatungsstelle. Zudem müsse es einen zukunftsweisenden Ausbau der Finanzierung von sozialer Schuldnerberatung geben.

Die Schuldnerberaterinnen fordern einen generellen Pfändungsschutz von existenzsichernden Leistungen. Solange es den nicht gebe, sei eine finanzielle Abwärtsspirale für viele Haushalte vorprogrammiert. Diese führe dann auch dazu, dass die grundlegendsten Dinge wie Strom oder Gas nicht mehr bezahlt werden könnten, so dass es zu Energiesperren komme. „Mit allen Schuldnerberatungen der Verbände fordern wir: Keine Energiesperren für Verbraucherinnen und Verbraucher“. Vielmehr müsse ein unbürokratischer Zugang zu Sozialleistungen gewährleistet werden.

Die Beratungsstelle weist darauf hin, dass für viele ihrer Klient*innen wegen der in Folge der Inflation steigenden Zinsen Kredite deutlich teurer würden. „Auch der ohnehin schon teure Dispokredit wird noch kostspieliger. Aber gerade Haushalte mit knappem Einkommen müssen diesen viel häufiger nutzen. Ebenso wird es für manche Familie, die sich mühevoll ein Eigenheim geleistet hat, ein böses Erwachen geben. Die Anschlussfinanzierung wird sehr viel teurer werden und wenn der Immobilienmarkt einbricht, wird es unter Umständen keine Anschlussfinanzierung geben“, so die Schuldnerberaterinnen.

Wer über die Arbeit der sozialen Schuldner- und Insolvenzberatung der Diakonie Altenkirchen kostenlose und unverbindliche Informationen zu Hilfen und Beratungsangeboten erhalten möchte, ist herzlich am Dienstag, 20.06.2023 von 10 bis 12 Uhr im Teehaus in Hamm/Sieg, Siegstraße 15, eingeladen. Eine vorherige Anmeldung ist nicht notwendig.

Infos unter

<https://www.diakonie-altenkirchen.de/schuldner-und-insolvenzberatung>